

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

22 - 856

Eisenstadt, am 15. Dezember 2021

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend Amtsenthebung des Bundesministers für Inneres**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend Amtsenthebung des Bundesministers für Inneres

Am 6.12.2021 wurde Mag. Gerhard Karner von Bundespräsident Dr. Alexander van der Bellen zum Bundesminister für Inneres angelobt.

Mag. Karner fungierte seit 2015 als Bürgermeister der Gemeinde Texingtal. Diese Gemeinde ist im historischen Zusammenhang als Geburtsort von Dr. Engelbert Dollfuß bekannt, eines ehemaligen Bundeskanzlers der 1. Republik, der Österreich ab März 1933 diktatorisch regierte.

Engelbert Dollfuß wird von Historikern unter anderem vorgehalten, sowohl den Nationalrat als auch den Verfassungsgerichtshof mit Waffengewalt an einer Zusammenkunft gehindert zu haben, wodurch die in der Bundesverfassung verankerte Gewaltentrennung gewaltsam aufgehoben wurde. Missliebige, aber demokratisch gewählte Parteien und ihre Vorfeldorganisationen wurden verboten und aufgelöst. Bei den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen des Februar 1934 ließ Dollfuß unter anderem mit Artillerie das Feuer auf Wohnanlagen vermeintlicher politischer Gegner eröffnen, wodurch hunderte Todesopfer zu beklagen waren, darunter etwa zur Hälfte unbeteiligte Dritte. 9 Vertreter der Sozialdemokratie ließ Dollfuß über das willkürlich eingeführte Standrecht inklusive Todesstrafe durch vorgetäuschte Gerichtsverfahren ermorden. Außenpolitisch unterwarf er Österreich vollständig dem Gönntum des faschistischen italienischen Diktators Benito Mussolini.

Die 1. Republik wurde durch Dollfuß' Handlungen derart in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhalt geschwächt, dass wenige Jahre später kein konzertierter Widerstand gegen die Annexionsbestrebungen des Dritten Reiches mehr möglich war.

Bundesminister Mag. Karner fand eigenen Ausführungen zufolge nichts daran, für den faschistischen Diktator Engelbert Dollfuß auf Gemeinde- und somit Steuerzahlerkosten ein als unkritisch beschriebenes Dollfuß-Museum zu betreiben und aufrecht zu erhalten. Auch seine folgenlos gebliebene Zusage aus dem Jahr 2018, sich mit der „umstrittenen Person Dollfuß“ auseinandersetzen zu wollen, stellt seine äußerst fragwürdige Einstellung zur blutigen Geschichte der Ära Dollfuß ebenso unter Beweis wie seine Ausrede, er könne Dollfuß nicht beeinflussen, weil er Betriebswirt und kein Historiker sei.

Zur Abrundung sieht sich Mag. Karner auch mit konkreten Antisemitismusvorwürfen konfrontiert, woraufhin in Schreiben, die unter anderem von Persönlichkeiten wie der Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek unterzeichnet wurden, seine Abberufung eingefordert wurde.

Die unterfertigen Abgeordneten drücken durch diesen Antrag ihre zutiefst empfundene Überzeugung aus, dass Personen, die im Jahr 2021 noch immer ein missverständliches Verhältnis zu faschistischen Diktatoren vom Schlage eines Engelbert Dollfuß haben, persönlich als absolut ungeeignet anzusehen sind, mit dem Bundesministerium für Inneres eine Schlüsselfunktion der Republik zu leiten. Da sich Mag. Karner selbst offenbar nicht in der Lage sieht, eine realistische Einschätzung seiner Lage zu treffen, obliegt es den zuständigen verfassungsmäßigen Organen, ordnend einzuschreiten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung, insbesondere der Landeshauptmann, wird aufgefordert, an den Bundespräsidenten heranzutreten, dieser möge

1. Gespräche mit dem Bundeskanzler mit der Zielsetzung aufnehmen, dieser möge dem Bundespräsidenten aus vorgenannten Gründen gem. Art 70 Abs 1 B-VG die Entlassung des Bundesministers für Inneres vorschlagen,
2. bei nicht erfolgversprechendem Verlauf dieser Gespräche gem. Art 70 Abs 1 B-VG die gesamte Bundesregierung, die dem Bundesminister für Inneres den Rücken stärkt, entlassen oder
3. alternativ gem. Art 29 Abs 1 B-VG die Auflösung des Nationalrates verfügen, um der österreichischen Bevölkerung durch die darauf folgende Neuwahl eine Bewertung zu ermöglichen, wie sie zu Spitzenvertretern und Parteien, die solche Personen in Schlüsselpositionen der Republik entsenden, steht.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Hauptausschuss zuzuweisen.